



2. Dringliches Postulat Peter Berger vom 9. Januar 2017 betreffend Änderung Verordnung über Abstimmungs- und Wahlplakate

23

Vorsitz:	Stefanie Heimgartner
Protokoll:	Marco Sandmeier, Stadtschreiber II
Stimmzählende:	Michael Brandmeier Martina Niggli
Anwesend:	48 Mitglieder des Einwohnerrats 7 Mitglieder des Stadtrats
	Verwaltung: Martin Brönnimann, Leiter Öffentliche Sicherheit Heinz Kubli, Stadtschreiber Jacqueline Keller Borner, Leiterin Kommunikation Jarl Olesen, Leiter Planung und Bau Christian Villiger, Verwaltungsleiter Renato Weber, Informatik Rolf Wegmann, Leiter Entwicklungsplanung
Entschuldigt:	Martina Niggli Karim Twerenbold

Die Traktanden 4, 5, 9, 10 und 11 unterliegen dem fakultativen Referendum. Sie sind einer Urnenabstimmung zu unterstellen, wenn dies von mindestens 10 % der Stimmberechtigten in einem schriftlichen Begehren innert 30 Tagen nach Publikation des entsprechenden Beschlusses verlangt wird.

## **Stefanie Heimgartner, Einwohnerratspräsidentin**

Ich begrüsse alle herzlich zur ersten Sitzung in diesem Jahr. Martina Niggli und Karim Twerenbold haben sich für die heutige Sitzung entschuldigt.

Simon Sommer vertritt Martina Niggli als Stimmzähler.

## **Geri Müller, Stadtammann**

Wir haben die Fraktionspräsidentinnen und -präsidenten per E-Mail gebeten, ein Mitglied der Fraktion zu ernennen, um die Reglemente betreffend WOV-Richtlinien zu prüfen. Es geht vor allem um das Berichtswesen, das schon mehrmals in der Kritik stand (Jahresziele etc.). Bis jetzt hat einzig die SP-Fraktion jemanden ernannt. Ich bitte die Fraktionspräsidenten, die Pause dafür zu nutzen, jemanden zu ernennen, damit wir umgehend mit der Arbeit beginnen können. Wir benötigen von jeder Fraktion ein Mitglied, das sich mit WOV auskennt und das bei der Beratung helfen kann. Bitte melden Sie sich bei Marco Sandmeier oder bei mir. Vielen Dank.

## **Stefanie Heimgartner, Einwohnerratspräsidentin**

Neueingänge:

- Dringliches Postulat Peter Berger vom 9. Januar 2017 betreffend Änderung Verordnung über Abstimmungs- und Wahlplakate
- Motion Nadia Omar vom 9. Januar 2017 betreffend Veloampeln in Baden für ein rasches Vorwärtkommen
- Anfrage Daniel Glanzmann vom 20. Januar 2017 betreffend Bewilligung der Nutzung kantonaler Infrastruktur für Radarfallen

Die beiden letztgenannten Vorstösse werden im Verlauf dieser Woche an Sie versendet.

Das Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 13. Dezember 2016 wurde online publiziert. Es sind zum Protokoll keine Einwände oder Korrekturanträge eingegangen. Das Protokoll ist somit gültig. Ich bedanke mich bei allen Beteiligten. Ich weise Sie wiederum darauf hin, schriftlich vorbereitete Voten per E-Mail an das Ratssekretariat zu senden.

### **1. Inpflichtnahme**

Simon Binder wird als neues Ratsmitglied in Pflicht genommen. Ich bitte ihn für die Inpflichtnahme vor den Rat zu treten. Marco Sandmeier wird die Gelöbnisformel gemäss § 4 des Geschäftsreglements des Einwohnerrats vorlesen. Simon, ich bitte dich, das Gelöbnis zu bestätigen, indem du antwortest: "Ich gelobe es."

## **Marco Sandmeier, Stadtschreiber II**

Ich gelobe als Mitglied des Einwohnerrats, meine Verantwortung gegenüber Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt wahrzunehmen, die Wohlfahrt der Stadt Baden zu fördern und gemäss der Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.

## **Simon Binder**

Ich gelobe es.

## **Stefanie Heimgartner, Einwohnerratspräsidentin**

Mit diesem Gelöbnis bist du als Mitglied des Einwohnerrats in Pflicht genommen und darfst an den Sitzungen des Einwohnerrats teilnehmen. Ich wünsche dir bei deiner Tätigkeit viel Freude und freue mich auf deine Voten.

## **2. Dringliches Postulat Peter Berger vom 9. Januar 2017 betr. Änderung Verordnung über Abstimmungs- und Wahlplakate**

Wir werden zuerst über die Dringlichkeit diskutieren und abstimmen und bei einem ja zur Dringlichkeit am Schluss die Diskussion und Abstimmung zur Überweisung führen. Ich erteile dem Postulanten das Wort zur Begründung der Dringlichkeit.

## **Peter Berger**

Ich habe die Dringlichkeit wegen der Badenfahrt festgelegt. Das ist ein überregionales Fest, an dem wir unsere Besucher nicht mit einer Materialschlacht der Wahlplakate empfangen wollen. Ich werde mich nachher gerne zu meinem dringlichen Postulat äussern. Ich bitte Sie, der Dringlichkeit zuzustimmen.

## **Matthias Gotter, Stadtrat**

Wir wehren uns nicht gegen eine Dringlichkeitserklärung. Sollten sie sich für die Dringlichkeit aussprechen, würden wir eine Vorlage verteilen, über die am Schluss der Sitzung zu diskutieren ist. Die Vorlage enthält den Antrag auf Nichtüberweisung.

## **Stefanie Heimgartner, Einwohnerratspräsidentin**

Für eine Dringlichkeitserklärung braucht es eine 2/3-Mehrheit.

## **Beschluss**

Das Postulat wird grossmehrheitlich als dringlich erklärt.

### **3. Ersatzwahl eines Mitglieds der Finanzkommission für den Rest der Amtsdauer 2014/2017 (02/17)**

**Stefanie Heimgartner, Einwohnerratspräsidentin**

Toni Suter ist per 31. Dezember 2016 aus der Finanzkommission ausgetreten. Die CVP schlägt Toni Ventre zur Wahl vor. Gibt es weitere Vorschläge oder möchte man den Vorschlag begründen?

Wir haben einen Kandidaten für den neu zu besetzenden Sitz. Wahlen werden gemäss § 36 des Geschäftsreglements geheim durchgeführt, sofern keine Mehrheit des Rats eine offene Wahl verlangt.

**Karin Bächli**

Ich beantrage eine offene Wahl.

**Beschluss**

Dem Antrag auf offene Wahl wird einstimmig zugestimmt.

**Beschluss**

Toni Ventre wird grossmehrheitlich als neues Mitglied der Finanzkommission für den Rest der Amtsdauer 2014/2017 gewählt.

### **4. Wohnmuseum Langmatt; Erarbeitung Strategie und Machbarkeit; Verpflichtungskredit**

**Stefanie Heimgartner, Einwohnerratspräsidentin**

Das ursprüngliche Traktandum 3 betreffend Energiekonzept wurde vom Stadtrat zurückgezogen. Deshalb kommen wir direkt zum Traktandum 4: Wohnmuseum Langmatt; Erarbeitung Strategie und Machbarkeit; Verpflichtungskredit.

**Mark Füllemann, Präsident Finanzkommission**

Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen, den Antrag einstimmig anzunehmen. Wir haben uns überlegt, weshalb dies im ersten Anlauf nicht gelungen ist. Wir haben uns damals gefragt, was das Projekt für die Stadt bedeutet, wie es organisiert ist und weshalb die Stadt Baden den Lead hat. Diese Fragen wurden in der jetzigen Vorlage beantwortet.

1. Was bedeutet das Projekt für die Stadt?

Das Projekt soll einen Mehrwert schaffen. Im Antrag heisst es: "verstärkte öffentliche Wirkung und gesteigerter Nutzen". Die Finanzkommission hat das akzeptiert. Sie hat allerdings den Stadtrat gebeten, bei der Durchführung des Projekts, einen Ist-Zustand aufzunehmen. Was ist heute die öffentliche Wirkung? Was ist der heutige Nutzen? So kann man die beiden Worte "verstärkt" bei der Wirkung und "gesteigert" beim Nutzen danach messbar machen.

Das passt gut zur Transparenz, die wir in der Folge des Public Corporate Governance überall fordern, d.h. wie messen wir überhaupt Wörter wie "Nutzen" und "Wirkung"?

## 2. Organisation?

Die Organisation ist jetzt klarer dargestellt. In der Finanzkommission hat der zuständige Ressortleiter Erich Obrist gesagt, dass die Begleitkommission in diesem Fall kein Feigenblatt sein soll, wie sie scheinbar in gewissen Fällen ist. Er hat versprochen, dass sie ein kritisches "Vis-à-vis" der Projektleitung darstellen soll.

## 3. Weshalb hat die Stadt den Lead?

Wir haben, dank dem Gutachten "Sprecher", erfahren, dass die Stiftung nicht von Herrn Brown gegründet wurde. Im Testament wurde die ganze Langmatt der Stadt vererbt, mit der Auflage, eine Stiftung zu gründen. Rechtlich gesehen, ist die Stadt die Stifterin. Wenn nun die Stadt Stifterin ist und die Stiftung ihren Zweck nicht mehr erfüllen kann, fällt sie zur Stadt zurück. Sollte der Stiftungszweck durch die Stadt mit mehr oder weniger Geld erfüllt werden, ist es richtig, dass sie auch den Lead beim Projekt übernimmt.

Finanzierung:

Die Finanzierung hat in der Finanzkommission keinen Anlass zur Diskussion gegeben.

Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen, den Antrag des Stadtrats anzunehmen.

### **Barbara Bircher, Präsidentin Strategiekommission**

Die Herren Obrist und Nöthiger stellten uns an der Sitzung vom 6. April 2016 die Vorlage zur Langmatt vor. Wir wurden unter anderem gefragt, ob wir mit dem Vorgehen, vor der Sanierung, bzw. vor einem Umbau der Langmatt, ihr Potential mit einer Vision und Machbarkeit – in enger Zusammenarbeit mit der Stiftung – zu evaluieren und aufzuzeigen, einverstanden seien.

Die Antwort war ein enthusiastisches "Ja". Die Strategiekommission wünscht sich, dass der Fächer möglichst weit aufgemacht wird und erwartet, dass Bund, Kanton und Lotteriefonds angegangen werden, was inzwischen passiert ist. Die Strategiekommission begrüsst die enge Zusammenarbeit mit der Stiftung und das enge Controlling. Hier besteht keine Differenz zur Finanzkommission. Jedes Detail soll geprüft werden, beispielsweise auch die Veräusserung von Bildern zur Finanzierung.

Sie wissen, weshalb wir erst jetzt, im Januar 2017, über diese Vorlage abstimmen. Wir sind meiner Ansicht nach nicht weiser geworden. Die Vorlage ist durch Organigramme, das Papier "Projektziele, Strategie und Machbarkeit Langmatt" inklusive Indikatoren und Massnahmen sowie die genannten Termine für die beiden Evaluationen und Entscheidungen ergänzt worden. Das trägt hoffentlich dazu bei, dass neben der Finanzkommission auch Sie genug Vertrauen in die Begleitgruppe und den Stiftungsrat der Langmatt setzen, um diesen Kredit zu bewilligen.

Für die Strategiekommission ist klar, dass wir das bestmögliche für die Stadt und die Langmatt erreichen wollen. Das Sprichwort mit dem Gaul zitiere ich jetzt nicht. Ich sagte "das bestmögliche" und bin sogar mit "Mehrwert" für die Stadt einverstanden. Wir wünschen uns eine Langmatt, auf die die Badenerinnen und Badener stolz sind und die für Touristinnen und

Touristen zum Magneten wird. Es ist für uns deshalb keine Frage, dass wir trotz unserer angespannten finanziellen Lage, dieses Geld sprechen müssen. Um es mit den Worten des Direktors aus seinem Interview in der Aargauer Zeitung vom 18. September 2015 zu sagen: "Die Langmatt ist ein landesweites unvergleichliches Ensemble aus Architektur, historischen Räumen, Park und der einmaligen Impressionistensammlung." Er wolle diese Sammlung spielerisch und ideenreich zum Klingen bringen.

Ich hoffe, dass diese Sammlung bald klingen kann. Ich lade Sie deshalb ein, den Verpflichtungskredit für das Finden der zum Klingen nötigen Komposition der Sammlung Langmatt zu bewilligen.

Zum Schluss: "Aller guten Dinge sind drei" sagt das Sprichwort. Ich würde mich dennoch freuen, wenn mit diesem zweiten Anlauf der letzte Neuanfang für die Zukunft der Langmatt besiegelt werden könnte.

### **Peter Conrad**

Die CVP-Fraktion wird die Vorlage grossmehrheitlich unterstützen. Wie wir von Mark Füllemann bereits gehört haben, ist die Stadt als Alleinerbin in der Pflicht, das Juwel wieder zum Glänzen zu bringen. Die Ehrenrunde hat sich gelohnt. Die Mängel wurden behoben. Wir wissen jetzt, wer in der Projektgruppe ist und wie die Projektorganisation aussieht. Wir haben uns in der CVP-Fraktion gefragt, wie es zum Kostenteiler gekommen ist. Wir wünschen uns eine Antwort, insbesondere, wie man die CHF 10'000, die von Seiten der Stiftung beige-steuert werden, kalkuliert hat. Wieso übernimmt die Stadt den grösseren Teil? Obwohl wir uns das vorstellen können, hätten wir gerne eine Antwort. Für uns muss das Ziel sein, eine Basis mit dieser Strategie zu legen, damit wir danach einen "kulturellen Leuchtturm" zu tragbaren Kosten für die Region haben.

### **Hannah Locher**

Für die Gesamtsanierung oder sogar einen Umbau der Langmatt braucht es Abklärungen, eine langfristige Strategie und Antworten auf viele offene Fragen, was überhaupt machbar ist. Die vorgelegte Strategie des Stadtrats enthält unserer Meinung nach die wichtigsten Punkte für ein solches Vorgehen. Die Meilensteine zeigen den zeitlichen Ablauf des Projekts ziemlich detailliert auf, und die Projektorganisation zeigt übersichtlich und nachvollziehbar, wie die Zuständigkeiten verteilt sind. Wir finden insbesondere den Einbezug vieler verschiedener Akteure durch das Begleitgremium wichtig. So kann hoffentlich eine breite Abstützung und Unterstützung erreicht werden. Der SP ist es bei der Erarbeitung dieser Vision wichtig, dass breit gedacht wird und man für alle möglichen Lösungen offen ist. Man soll sich davon leiten lassen, was man will und was langfristig das Beste für die Langmatt ist. Wir erwarten auch, dass transparent nachgewiesen wird, wie man zum Entscheid gelangt ist und wieso andere Varianten ausgeschieden sind. Ein solches kulturelles Vorzeigeprojekt oder ein "Leuchtturm" wird "durchgewinkt", während die alternative Kultur leidet und um jeden Rap-pen kämpfen muss. Wir anerkennen den Stellenwert der Langmatt, und dass die Vision jetzt erarbeitet werden muss ist auch klar. Wir sind jedoch nicht bereit, dafür in Zukunft andere Kulturangebote noch mehr leiden zu lassen. Die SP wird trotzdem diesen Verpflichtungs-kredit bewilligen.

## **Mark Füllemann**

Das zweite Votum ist von der FDP. Wir haben uns nach dem Zweck der Stiftung Langmatt erkundigt. Das können wir im Handelsregister nachlesen. "Erhalten", "der Öffentlichkeit zugänglich machen", "Kunstverständnis und -schaffen fördern". Das ist ein "Retrozweckartikel". Der Stadtrat will mit seinem Antrag einen Schritt weitergehen. Das Ziel sei, eine verstärkte öffentliche Wirkung und ein gesteigerter Nutzen für die Stadt darzulegen. Wir finden das gut. Wir schätzen auch, dass der Stadtrat es wichtig findet, nicht nur auf technische Details zu achten, wie z.B. die Sanierung des Dachs, sondern auf die Wirkung. Was sollen das Museum und die Kunst bewirken? Was soll der Park auf die Öffentlichkeit ausstrahlen?

Beim Durchsehen des Organigramms ist uns aufgefallen, dass die Begleitkommission "behördenlastig" ist. Ich entschuldige mich für das Wort. Wir bitten den Stadtrat, das Organigramm benutzerfreundlicher zu gestalten, d.h. mehr Unternehmungen, mehr Einwohner und weniger Behörden vorzusehen.

Zur Finanzierung: Wir haben uns gefragt, wie der Beitrag der Stiftung von CHF 10'000 zustande gekommen ist. Es ist eigentlich lachhaft. Die Stiftung soll jetzt CHF 10'000 abgeben und danach bei Unternehmen betteln müssen, von GE bis zum Einmannbetrieb. Der Ressortchef hat uns darüber informiert, dass wenn die Stiftung nicht mitmachen würde, wir keine guten Chancen hätten, beim Kanton Beiträge zu erhalten. Also haben wir akzeptiert, dass die Stiftung die CHF 10'000 zusammenbetteln muss. Wir sind insgesamt der Meinung, dass es eine zweckmässige Vorlage ist. Wir sind mit der SP einig, möglichst in die Breite zu gehen. Wenn es gut dargestellt und begründet wird, sind wir danach vielleicht gescheiter oder "erleuchteter" und können das weitere Vorgehen besser bestimmen. Die FDP unterstützt die Vorlage und wir empfehlen dem Einwohnerrat die Annahme.

## **Michael Staubli**

Wann waren Sie das letzte Mal in der Langmatt? Letztes Jahr oder vor zwei oder drei Jahren? Oder ist es noch länger her? Das Museum Langmatt ist mit seinem Ensemble von Haus, Sammlung und Park ein wertvolles Kleinod mit grosser regionaler Ausstrahlung, das zur Standortattraktivität von Baden beiträgt. Die Stadt hat als Erbin die moralische Pflicht, die Zukunft der Langmatt zu sichern. Die Grünen unterstützen nach dem am 30. August 2016 bewilligten Investitionsbeitrag auch den jetzt zur Debatte stehenden Verpflichtungskredit von CHF 200'000. Das vorliegende Projekt wurde detailliert ausgearbeitet. Die finanzielle Ausgangslage ist gemäss den Projektzielen allen Projektbeteiligten bekannt. Das Museum Langmatt hat bis Ende Februar Winterpause, mit einer Ausnahme. Am nächsten Samstag öffnet das Museum im Rahmen vom "One of a Million-Festival" von 12.00 bis 18.00 Uhr. Der Eintritt ist gratis. Der Schweizer Klangkünstler Pyrit präsentiert aus diesem Anlass eine begehbare interaktive Klang- und Lichtinstallation in verschiedenen Museumsräumen. Macht euch ein Bild von diesem Museum.

## **Susanne Slavicek**

Das team Baden wird den Verpflichtungskredit zum Projekt "Strategie und Machbarkeit Zukunft Langmatt" einstimmig unterstützen. Die klare Definition der Rolle des Stadtrats in der Projektorganisation und die aktivere Haltung des Stiftungsrats werden positiv beurteilt.



Das team Baden erachtet das Wohnmuseum Langmatt als Kleinod, dem man Sorge tragen muss und dem es mehr Leben einzuhauchen gilt. Wir stimmen dem Kredit zu und möchten noch Folgendes mit auf den Weg geben: Es gibt in der Stadt Baden noch viele weitere Schätze im Kulturbereich, denen man Sorge tragen muss. Denn sie sind das Gesicht der Kulturstadt Baden. Schätze sind etwas positives, aber sie bedeuten auch, dass man dafür mehr Verantwortung übernehmen muss. Das machen die Stadt und der Einwohnerrat in Bezug auf die Langmatt, wenn der Kredit bewilligt wird. Wir vom team Baden hoffen, dass man sich in diesem Raum auch an diese Verantwortung erinnert, wenn es bei der nächsten Budgetdebatte um das Kulturbudget geht. In diesem Sinne ein "ja" zu einem unserer Schätze.

### **Daniel Glanzmann**

Die SVP stimmt diesem Verpflichtungskredit zu. Es besteht die Hoffnung, dass wir danach gut überlegte Entscheidungen treffen können, und als Einwohnerrat keine Notkredite mehr bewilligen müssen. Es ist inzwischen den meisten Einwohnerräten klar, dass unseren finanziellen Möglichkeiten Grenzen gesetzt sind. Wir werden uns deshalb künftig mehr Gedanken über das Geldausgeben machen müssen. Mit einer schlaun Strategie können aber sicherlich auch jetzt noch ausstehende Geldgeber gewonnen werden. Wir erwarten, dass es an den Strategievorschlägen Preisschilder hat, sodass man sofort weiss, was es kostet. Keine Salamitaktik, die zum Schluss zu höheren Kosten führt.

Zum Schluss noch ein Gedanke: Die Sportvereine der Stadt Baden sind zurzeit am Organisieren. Sie wollen sich zusammenschliessen und eine Lobby aufbauen. Sie hoffen auf mehr Geld aus unserer Kasse. Das bedeutet für die Kultur, dass das Kuchenstück künftig eher kleiner ausfallen wird.

### **Toni Ventre**

Ich werde entgegen der CVP-Fraktionsmeinung, dem Antrag für einen Verpflichtungskredit von CHF 200'000 für die Erarbeitung einer Strategie und Machbarkeit nicht zustimmen. Ich bestreite nicht, dass eine langfristige Strategie für das Wohnmuseum Langmatt betreffend Ausrichtung und Positionierung notwendig ist. Ich sehe auch ein, dass die notwendigen mittel- bis langfristigen Investitionen, das finanzielle Gleichgewicht der Stiftung gefährden können. Die Stadt möchte deshalb als Stifterin bei der Erarbeitung einer Strategie mitreden. Bei einer Auflösung der Stiftung würde das Stiftungsvermögen in das Eigentum der Stadt zurückfallen. Ich bin aus folgenden Gründen trotzdem gegen die Verwendung von Steuergeldern für dieses Vorhaben:

Zuständigkeit/Kompetenz:

In einer Stiftung bestimmt der Stiftungsrat als oberstes Organ (bei einer AG sind dies die GV/Aktionäre) die Stiftungspolitik und -strategie und nicht die Stifterin (Stadt Baden). Somit ist der Lead, nicht wie vom Stadtrat erwünscht, beim "Zahler", sondern beim Entscheidungsträger (Stiftungsrat).

Finanzierung:

Die Zahlen über die finanzielle Lage der Stiftung Langmatt wurden in der Vorlage nicht aufgezeigt. Ich habe mich deshalb schlaun gemacht. Aktuell sind genug Mittel in der Stiftung, um eine Strategieentwicklung zu finanzieren Die Stiftung verfügte nach Abzug des Fremd-

kapitals per Ende 2015 über verwertbare Werte von ca. CHF 5,5 Mio. Die Liegenschaften inkl. Grundstück (11'367 m<sup>2</sup> x CHF 1'000 = CHF 11,4 Mio.) sowie die Kunstgegenstände und die Mobilien sind mit je CHF 1 mehr als nur vorsichtig bilanziert. Man hätte eigentlich die CHF 200'000 aus der Stiftung zahlen können. Die Rechnung der Stadt wäre von zusätzlichen Investitionen und deren Folgekosten entlastet.

Gleichwertige Partner:

In der Vorlage wird wiederholt von gleichwertigen Partnern gesprochen. Das ist störend. Gleichwertig kann man meines Erachtens nur sein, wenn man sich die Kosten teilt.

Das Museum braucht eine Strategie. Ich bin nur mit der Finanzierung nicht einverstanden.

### **Obrist Erich, Stadtrat**

Ich bedanke mich für die gute Aufnahme des Antrags. Der Stadtrat hat im August auf Empfehlung der Finanzkommission den Antrag zurückgezogen. Wir haben ihn überarbeitet.

1. Wir haben klare Ziele mit Indikatoren und Massnahmen hinterlegt. Wir schreiben aber noch keine inhaltliche und strategische Richtung vor. Wir haben bei der Ausarbeitung der Vorlage einen kleinen Spagat gemacht.
2. Wir haben eine übersichtliche Projektorganisation.
3. Wir haben die Kosten nochmals überprüft und die Finanzierung um CHF 70'000 verbessert.

Nach dem Rückzug der Vorlagen haben wir in einem Prozess die Projektziele und Projektorganisation in mehreren Sitzungen in kleinen Gruppen – Stiftungsrat - Stadt und Stadtrat - Stiftungsrat – diskutiert und gutgeheissen.

Ich werde jetzt auf die einzelnen Voten kurz eingehen:

Mark Füllemann, Präsident Finanzkommission, hat einiges Positives aus der Vorlage hervorgehoben, z.B. den Mehrwert, den wir für die Stadt, für die Region und allenfalls für den Kanton versuchen zu generieren.

Zum Votum von Barbara Bircher: Es ist richtig, dass wir den Fächer weit aufmachen sollten. Deshalb haben wir auch die Ziele so formuliert, dass sie nicht schon eine bestimmte Richtung vorgeben. Der Stadtrat wünscht sich auch einen langen Atem. Wir können stolz darauf sein, dass es ein Aushängeschild sein wird und einen Stellenwert erhält, dass sich Michael Staubli nicht fragen muss, wer überhaupt je in der Langmatt war. Der Direktor und Stiftungsratspräsident Markus Stegmann ist heute hier anwesend. Er würde sich sicher auch für kleine Privatführungen zur Verfügung stellen.

Peter Conrad hat gefragt, wie der Kostenteiler zustande gekommen ist. Es gibt keinen Kostenteiler wie beim Kanton, z.B. bei Strassen, wo der Kanton einen Teil zahlt und die Stadt den anderen Teil übernimmt. Im Antrag der Stiftung an den Kanton steht, dass man der Stiftung einen Betrag zahlen muss. Jeder Franken, den die Stiftung zahlt, wird aus dem Vermögen genommen. Die letzte Erfolgsrechnung (minus CHF 60'000 budgetiert) schliesst 2017 mit minus CHF 130'000. Weil man jeden Franken zusammenkratzen muss, hat man

sich auf die CHF 10'000 geeinigt. CHF 70'000 sind ein wenig mehr als 1/3 des Bruttokredits.

Wir wollen breit denken, wie Hannah Locher gesagt hat. Die Langmatt ist ein kulturelles Vorzeigeprojekt. Wir vergessen aber deshalb die anderen, auch alternativen, Kulturformen nicht. Es wird nicht auf Kosten dieser Kulturformen gespart.

Mark Füllemann hat im Namen der FDP darauf hingewiesen, dass die Begleitkommission sehr behördenlastig ist. Das stimmt. Wir haben versucht, das Begleitgremium möglichst klein zu halten und gut zu besetzen. Es sollte je ein Mitarbeitender von Planung und Bau und vom Standortmarketing in der Kommission vertreten sein. Wir würden auch gern die, Kantonale Denkmalpflege und Vertreter der Regionsgemeinden, unserer Nachbargemeinden Ennetbaden und Wettingen, begrüßen. Wir sind bereit, noch weitere Personen in das Begleitgremium einzuladen.

Daniel Glanzmann hat den finanziellen Rahmen der Stadt angesprochen. Wir haben ihn in der Vorlage erwähnt. Es ist uns bewusst, dass der finanzielle Rahmen enger geworden ist. Wir wollen aber zurzeit keinen solchen Rahmen vorgeben, damit wir die Offenheit und Breite schaffen können. Daniel Glanzmann hat auch erwähnt, dass wenn das Projekt gut ist, Finanzierungsmöglichkeiten gefunden werden, die sich uns jetzt noch gar nicht erschliessen.

Ich bedanke mich bei Toni Ventre für die inhaltliche Zustimmung und für seine kritischen Bemerkungen. Er hat richtigerweise festgestellt, dass die Bilanzsumme von CHF 5,5 Mio. wesentlich höher war, nämlich CHF 11 Mio. Die Summe wird weiter abnehmen, wenn die Stiftung weiter ans Vermögen geht. Dies war auch der Grund, wieso sich die Stiftung mit so einem "Minibetrag" oder wie Mark Füllemann sagte, mit einem "lachhaften" Betrag beteiligt und nicht zur Hälfte. Es ist wie wenn man der Stiftung etwas in die eine Manteltasche gibt und gleichzeitig aus der anderen Tasche etwas herausnimmt. Es geht nicht ganz auf. Danke für den Schlusssatz, dass das Museum Langmatt eine Strategie braucht. Ich glaube, wir sind auf dem richtigen Weg. Die Finanzierung stimmt, auch wenn Toni Ventre sich diese anders vorstellt.

## **Beschluss**

Für das Erarbeiten einer Strategie und einer damit einhergehenden Machbarkeit zum Wohnmuseum Langmatt wird mit 44 Ja- zu 2 Nein-Stimmen ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 200'000 bewilligt.

Von den jährlich wiederkehrenden Investitionsfolgekosten (Verzinsung, Abschreibungen) von CHF 14'788 zulasten der Laufenden Rechnung, basierend auf den voraussichtlichen externen Nettokosten von CHF 130'000, wird einstimmig Kenntnis genommen.

## **5. Erneuerung der zentralen Informations- und Kommunikationstechnik (ICT) und Umsetzung "ALL-IP"; Verpflichtungskredit (05/17)**

### **Mark Füllemann, Präsident Finanzkommission**

Die Finanzkommission hat dem Verpflichtungskredit fast einstimmig zugestimmt. Zu dieser Vorlage ist es aus folgendem Grund gekommen: Die Abteilung Informatik hat im Budget 2017 einen entsprechenden Budgetkredit vorgesehen. Der Stadtrat hat diesen im Rahmen von Optima aber gestrichen. Der Abteilungsleiter hat dem Stadtrat glaubhaft machen können, dass in einem solchen Fall kein Service mehr stattfinden würde. Man war lernfähig und hat eine separate Vorlage erarbeitet.

Wir haben inhaltlich wenig diskutiert. Der einzige Diskussionspunkt betraf den Telefonanschluss. In diesem Zusammenhang werden einige von Ihnen den Brief der Swisscom erhalten haben, in dem steht, dass ISDN eingestellt wird und man auf eine 0800-Gratisnummer anrufen sollte. Ich habe die Zeit gestoppt: Es ging 17 Minuten, bis jemand abgenommen hat. Die Finanzkommission hat angeregt, der Stadtrat sollte überprüfen, ob jeder Einzelanschluss nun geändert werden muss. Hier ein konkretes Beispiel: Im Stadion Esp befindet sich ein Anschluss der Stadt. Es hat niemand je diesen Anschluss benützt, weil alle ein Mobiltelefon benützen. Solche Anschlüsse müssen überprüft und nicht umgewandelt werden.

Es wäre schön, wenn die Einsparungen nicht nur als "Einsparungen" angegeben, sondern beziffert würden und die Sprachregelung in Zukunft klar wäre. Investitionen sind nicht Kosten! Ich bitte, dass man klarer formuliert und dass evtl. der Abteilungsleiter Finanzen den Text nochmals überprüft, bevor er publiziert wird.

Abschreibung Nettobedarf in der Informatik: Aus der Vorlage ist ersichtlich, dass es danach Abschreibungen gibt. Bitte denken Sie daran, dass in der IT in zwei bis drei Jahren abzuschreiben ist. Die letzte Rechnung ist diejenige von 2015. 2016 entfallen ca. 140'000 Abschreibungen, weil die drei Jahre abgelaufen sind. Und es kommen 70'000 dazu. Es fallen also netto 70'000 weg. Der gleiche Fall wird 2017 eintreten. Der Nettoeffekt dieser Investition auf unsere laufende Rechnung ist per Saldo 0. Bei schnellen Abschreibungen würde die Finanzkommission anregen, den Nettoeffekt aufzuzeigen.

Zuletzt hat man sich in der Finanzkommission folgende Frage gestellt: Verbauen wir uns mit der Investition nicht die Zusammenarbeit z.B. mit Aarau? Die Abteilung Informatik ist in Kontakt mit Aarau, um eine gemeinsame Plattform zu erstellen und zusammenzuarbeiten. Das ist aus Sicht der Finanzkommission erwünscht. Man hat uns mitgeteilt, dass man nichts verbaut. Die Plattform könnte man gebrauchen. Deshalb hat die Finanzkommission danach fast einstimmig dem Antrag zugestimmt.

### **Bircher Barbara**

Die SP-Fraktion wird diesem Verpflichtungskredit zustimmen. Es macht mich aber sauer, wenn sich die Stadt im Dezember damit brüstet, CHF 200'000 mehr eingespart zu haben als verlangt (von unserer linken Ratseite aus betrachtet, wäre es nicht nötig gewesen.) und in der darauffolgenden Sitzung, den Einwohnerrat einen Kredit für das Doppelte sprechen lässt, obwohl das Begehren und auch die ungefähre Höhe schon vor dem Ende des Budgetprozesses absehbar gewesen war. Die zuständige Abteilung war mit der verordneten Rückstellung des Investitionsbetrags nicht einverstanden.

Ich hoffe, dass uns erklärt wird, weshalb das so gelaufen ist, und uns solche Kreditbegehren im Nachgang an eine Budgetdebatte nicht mehr vorgelegt werden. Und, weil aller guten Dinge drei sind – Sie erinnern sich – hoffe ich auch, dass man in Zukunft, trotz dieses finanziellen Seilziehens im Vorfeld finanzieller Aufwendungen, die Äusserungen der Abteilungsleitenden ernst nehmen wird, weil sie in der Regel am besten wissen, was sie unbedingt brauchen und was nicht.

### **Margreth Stammbach**

Die Fraktion Grüne wird dem vorliegenden Verpflichtungskredit auch zustimmen. Wir sind aber auch nicht glücklich über das Vorgehen und den Zeitpunkt. Letztes Jahr hat man die Investition zurückgestellt und nun legt man sie uns bereits im Januar wieder vor. Wir finden es notwendig, dass Systeme, die ihren Lebenszyklus erreicht haben, ausgetauscht werden, und dass die Infrastruktur zuverlässig und unterbruchsfrei funktioniert und ausbaubar ist. Die IP-Telefonie ist zudem im Betrieb günstiger, was zu einer Kostensenkung führen wird. Grundsätzlich ist eine funktionierende IP-Infrastruktur wichtig für eine moderne effiziente Verwaltung. Deshalb unterstützen wir diese Pläne und stimmen dem Kredit zu.

### **Philippe Ramseier**

Es ist klar, dass nach einer gewissen Zeit, die Informatikkomponenten und die Infrastruktur, Hardware- und Software, aber auch virtuelle Server, erneuert werden müssen und sollen. Wir glauben, dass es Sinn macht und wichtig ist, auf "ALL-IP" umzustellen. Man hätte es allerdings früher merken und darauf hinweisen können. Die FDP-Fraktion begrüsst es, dass Synergien mit Aarau gesucht werden. Auf diesem Weg werden auch Gespräche mit anderen Gemeinden geführt, um auch dort grössere Synergien, vor allem in der Informatik, erzielen zu können. Die Digitalisierung ist auf dem Vormarsch. Ich würde es begrüssen, wenn wir bei der Überarbeitung der ICT-Strategie ab 2020 uns noch mehr in Richtung Digitalisierung bewegen würden und die Chancen in der Gesellschaft, in der Bevölkerung, aber auch in der Verwaltung, nutzen könnten. Die FDP-Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit einstimmig zu.

### **Peter Conrad**

Die CVP-Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit zu. Es ist schon viel gesagt worden. Auch wir wollen hervorheben, dass wir die Zusammenarbeit mit Aarau als richtig erachten. Wir haben uns aber überzeugen lassen, dass zurzeit die Gespräche nicht so weit fortgeschritten sind, dass man auf diese Investition verzichten könnte. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass man die Investition tätigt. Es darf nicht geschehen, dass hinterher die Server plötzlich herunterfahren und die Mitarbeitenden der Verwaltung nicht mehr arbeiten können. Die Stadt ist es seinen Mitarbeitenden schuldig. Es wäre ein riesiger Image-Schaden und die Kosten würden schnell über CHF 400'000 steigen, wenn man einige Tage nicht arbeiten könnte.

## **Adrian Gräub**

Die Kommunikation ist wichtiger denn je. Dazu müssen aber auch die technischen Grundlagen und die Infrastruktur stimmen. Wenn ein nötiges Projekt mit tieferen Kosten realisiert werden kann, ist das ganz im Sinn der SVP. Dementsprechend stimmen wir der Vorlage einstimmig zu.

## **Geri Müller, Stadtammann**

Zuerst zur Eingangsfrage von Mark Füllemann. Es war kein Kostenoptimierungsprojekt, sondern ein Dringlichkeitsprojekt. Die Kostenoptimierung könnte in dem Sinn ausfallen, dass es zwischen einer starken vier- oder einer schwachen fünfstelligen Zahl ausgewiesen werden könnte. Wir haben es nochmals geprüft. Hätte man es genauer überprüfen wollen, hätte man mehrere Arbeitsstunden gebraucht, um zu kontrollieren, welche Abonnemente erneuert worden sind, um das ALL-IP einschätzen zu können. Das Ziel war keine Kostenoptimierung, sondern ein Weiterbetreiben der beiden Begehren.

Zu den Kritikpunkten von Barbara Bircher: Die klassischen Projektportfolio-Prozesse, die bei den verschiedenen Projekten eingereicht werden, dürfen eine bestimmte Summe nicht überschreiten. Wir müssen beurteilen, welche dieser Projekte realisiert werden sollen. CHF 260'000 waren Teil der ICT-Strategie, einer regelmässigen Erneuerung. Dieser Posten wurde jedoch, wie manche andere Erneuerungsposten, im Sommer 2016 auch gestrichen. Nach den Sommerferien kam das Begehren für die drei dringend notwendigen Erneuerungsposten. Der Stadtrat hat diese in den vorliegenden Verpflichtungskredit verwandelt, was nicht Teil der laufenden Rechnung ist. Wir nehmen die Abteilungsleitenden durchaus ernst und deren Meinung ist uns stets wichtig. Bei einem beschränkten Budget müssen wir jedoch trotzdem etwas streichen, was auch der Wunsch des Einwohnerrats ist. Manchmal setzt man "das Messer" an die falsche Stelle, was in diesem Fall passiert ist. Wir entschuldigen uns dafür. Der Respekt gegenüber der Abteilung Informatik ist da.

Zum Votum von Philippe Ramseier: ALL-IP war im Finanzplan eingestellt. Die Arbeit muss zum jetzigen Zeitpunkt gemacht werden.

Notwendigkeit eines Telefons im Stadion Esp: Wir werden die Notwendigkeit der Festnetzanschlüsse überprüfen.

Bezüglich der Zusammenarbeit mit anderen Städten existieren gute laufende Prozesse. Es ist schwierig, wenn zwei Städte auf zwei verschiedenen Systemen arbeiten. Man muss eine eventuelle Zusammenlegung und Anpassung prüfen. Das ist ein relativ langer Prozess. Die Spezialisten machen es zusätzlich, neben der laufenden Arbeit. Das ist ein grosser Aufwand. Es existiert zurzeit kein Kredit für diese Zusammenarbeit. Die Stadt Aarau klärt die Reaktion der Verwaltung und des Parlaments ab.

Philippe Ramseier hat gesagt, dass ICT die Digitalisierung ab 2020 übernehmen soll. Ich kann Ihnen versichern, dass wir das nicht erst ab 2020 machen werden. Wir haben aber keinen speziellen Kredit dafür. Auch das muss neben der täglichen Arbeit gemacht werden. Es ist uns ein Bedürfnis, da den Anschluss nicht zu verpassen.

Wir sind mit Peter Conrad einig, dass es nicht sein darf, dass die Informatik ausfällt. Deshalb bitte ich Sie, diesem Verpflichtungskredit zuzustimmen.

## **Beschluss**

Für die Erneuerung der zentralen Informations- und Kommunikationstechnik (ICT) und Umsetzung "ALL-IP" (Projekt 10-267) wird einstimmig ein Verpflichtungskredit von CHF 408'264 (inkl. MWST) genehmigt.

### **6. Postulat Markus Widmer vom 25. August 2016 betreffend Beteiligung der Stadt Baden an der Stadtcasino Baden AG, Baden (48/16)**

#### **Markus Widmer**

Ich möchte betonen, dass es im Postulat nicht um eine Schliessung des Casinos geht. In der Presse stand fälschlicherweise, dass bei einer Überweisung des Postulats das Casino geschlossen würde. Das Casino hat sich verändert. Es ist nicht mehr der Stadtsaal, das kleine schöne Casino, das Erbe der Stadt Baden. Das Casino ist ein Konsortium mit Beteiligungen an anderen Casinos im In- und Ausland. Beim Casino, das in Wien gebaut werden soll, geht es um einen Riesenkonzern. Ist das die Aufgabe der Stadt Baden? Im Postulat geht es um die genauere Prüfung. Es ist eigenartig, dass die FDP, die sonst gegen staatliche Beteiligungen in der Privatwirtschaft ist, gegen die Überweisung dieses Postulats ist. Sie sagt, es sei Geldverschwendung. Die Abklärungen müssen auch sonst gemacht werden. Ich möchte ein Votum von Conrad Munz zur Motion Mark Füllemann betreffend PCG-Richtlinien zitieren: "Bei einer Casino-AG, einer wichtigen Beteiligung der Stadt Baden, gab es in der Vergangenheit gute Gründe sich zu engagieren. Es ist auch gut rausgekommen. Unterdessen befasst sich die Unternehmung auch mit neuen Entwicklungen. Es ist also durchaus Zeit, das Engagement zu überdenken." Die Überweisung bedeutet lediglich eine Diskussion im Einwohnerrat. Eine solche könnte sonst nicht stattfinden. Ich finde es deshalb wichtig, dass das Postulat überwiesen wird. Ich bitte Sie um Zustimmung.

#### **Antonia Stutz**

Die FDP hat tatsächlich Erklärungsbedarf. Es ist so, dass die Stadtcasino Baden AG nicht zu den Kernaufgaben der Stadt Baden gehört. Wir sind grundsätzlich dafür, dass wir das Ganze überdenken. Wir finden jedoch den Zeitpunkt nicht richtig gewählt, weshalb wir uns der Überweisung nicht anschliessen, und zwar aus folgenden Überlegungen:

Die Frage ist, wie es überhaupt dazu gekommen ist. Es hat einen historischen Hintergrund. Der Kursaal stand leer. Wenn man aber die Beteiligung verkauft, wird die Stadtcasino Baden AG nicht einfach geschlossen. Wir haben dann keinen Einfluss mehr, dass der Standort Baden bleibt. Wir haben einige hängige Punkte: Bei der A-Konzession steht eine Verlängerung an. Die Betreiber sagen ganz klar, dass die Stadt Baden als Aktionärin Vertrauen schafft. Das ist einer der Gründe, weshalb wir die A-Konzession erhalten haben. Wenn die Stadt weiterhin Aktionärin bleibt, erhofft man sich, dass die A-Konzession 2020 verlängert wird. Wir sind nicht grundsätzlich gegen eine Überprüfung und auch nicht prinzipiell gegen einen Verkauf. Unseres Erachtens ist es aber zum jetzigen Zeitpunkt nicht nötig. Im Zusammenhang mit den PCG-Richtlinien gehen wir davon aus, dass eine Überprüfung dieser Beteiligung hinsichtlich der Richtlinie sowieso ansteht. Die Haltung der FDP ist, dass durch das Postulat zusätzliche Kosten ausgelöst werden, die uns heute nicht weiterbringen und keinen Mehrwert schaffen. Markus Widmer hat in seiner Eingabe die Sozialprävention erwähnt. Wir sind der Ansicht, dass durch die Tatsache, dass die Stadt

Baden Aktionärin ist, die Sozialprävention gelebt wird. Das ist viel besser, als wenn man im Internet spielt. Die Stadt Baden hat die Verantwortung wahrgenommen. Das habe ich eins zu eins erlebt. Eine meiner Klientinnen hat eine Anzeige erhalten und musste sich einigem Unangenehmen unterziehen. Die Mechanismen funktionieren. Die Stadtcasino Baden AG macht einen guten Job. Man muss keine Angst haben, dass etwas anbrennt. Schwierig vorauszusagen ist, ob die Stadtcasino Baden AG ihren Wert behält mit den Investitionen, die man mit Wien getätigt hat. Wir denken aber, dass der Zeitpunkt für einen Verkauf schlecht wäre, wenn man eine Verlängerung der A-Konzession anstrebt. Wenn es am Standort Baden gebunden wäre, könnte man es gut verkaufen und einen besseren Preis erzielen.

### **Mathias Schickel**

Wieso gerade ein Postulat betreffend die Beteiligung am Stadtcasino Baden eingereicht worden ist, können wir nicht nachvollziehen. Wieso überzeugt uns das Postulat nicht?

1. Der Einwohnerrat hat per Januar 2016 die Richtlinien zur Public Corporate Governance der Einwohnergemeinde Baden in Kraft gesetzt. Im Rahmen der Umsetzung dieser Richtlinien wird die Eigentümerstrategie pro Beteiligung regelmässig überprüft und nötigenfalls angepasst.
2. Im Postulat ist die Überprüfung von sozialen und moralischen Aspekten erwähnt. Wir sind der Meinung, dass bei der Überprüfung im Rahmen der PCG-Zielsetzung die Verantwortung gegenüber der Gesellschaft miteinfliesst.
3. Es ist bereits erwähnt worden, dass zu befürchten ist, dass bei einem Verkauf der Aktien an einen neuen Hauptaktionär weniger Wert auf das Sozialkonzept gelegt würde. Die Gefahr von negativen sozialen Auswirkungen könnte eher steigen.

Wir erwarten aus den genannten Gründen keine neuen Erkenntnisse von einer Überprüfung wie im Postulat gefordert. Ich lade euch ein, das Postulat nicht zu überweisen.

### **Luca Wälty**

Das team Baden unterstützt das Postulat. Die Stadtcasino Baden AG machte 2015 fast CHF 700'000 Verlust. Wir sind der Meinung, dass der Zeitpunkt genau richtig gewählt ist. Der Stadtrat muss sowieso alle Beteiligungen untersuchen. Mit dieser Ausgangslage, auch mit der Unsicherheit mit der Beteiligung in Wien und in Davos, wo eine Schliessung in Betracht gezogen wird. Ich glaube nicht, dass es Aufgabe einer Stadtbeteiligung ist, auch Schliessungen von Betrieben in anderen Städten durchzuführen. Deshalb unterstützt das team Baden das Postulat.

### **Christoph Perrin**

Die SVP war noch nie ein Freund von Beteiligungen der öffentlichen Hand an privaten Unternehmen. Die Prüfung soll hinsichtlich Wirtschaftlichkeit und Zukunft vom Casino Baden und der Beteiligung der Stadt Baden Aufschluss geben. Deshalb stimmt die SVP Baden einer Überweisung des Postulats zu.



## **Sander Mallien**

Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass die Betreuung des Stadtcasinos nicht eine Aufgabe der Stadt Baden ist. Die Beteiligung ist eigentlich keine Beteiligung sondern eine Finanzanlage. Wir haben bis zum heutigen Tag mehr Geld hineingesteckt als zurück erhalten. Sie taugt also gar nicht als Finanzanlage. Es gibt eine lange 30-jährige Leidensgeschichte. Man kann sie im Archiv elektronisch abrufen. Die Stadt musste regelmässig eine Finanzierung a fonds perdu machen, Betriebsbeiträge leisten usw. Ich gehe nur auf die neue Zeit ein (Aktienkurs 2009/2010). Die letzten sechs Jahre hat sie ungefähr die Hälfte des Kapitals vernichtet. Wenn man, ohne Betriebsbeiträge, die Dividende abrechnet, müsste man 23 Jahre lang Dividende einnehmen, nur um die sechs Jahre Kapitalvernichtung zu egalisieren. Die Überprüfung ist notwendig und dringend. Es sollten keine Mehrkosten entstehen, weil man ohnehin die Eigentümerstrategie überprüfen muss. Wenn man das Postulat überweist, besteht keine besondere Dringlichkeit. Ein Postulat wurde noch nie in einem Monat bearbeitet.

## **Barbara Bircher**

Ich möchte zur FDP betreffend des Zeitpunkts und der Überprüfung der PCG-Richtlinien etwas sagen. Ich glaube, die Stadt ist fähig, die Erkenntnisse, die aufgrund des Postulats gewonnen werden, auch für die Überprüfung der PCG-Richtlinien einzusetzen. Das ist ein Prüfungsauftrag. Ich verstehe nicht, weshalb man sich dagegen wehrt. Ich bitte Sie, der Überweisung zuzustimmen.

## **Geri Müller, Stadtammann**

Die ersten beiden Votanten haben es gesagt. Es ist keine Kernaufgabe, aber es ist wichtig, dass wir das Casino haben. Das sind die Widersprüche der Beteiligung am Stadtcasino. Den Fragen des Postulanten müssen wir im Rahmen der Überprüfung der PCG-Richtlinien sowieso nachgehen. Deshalb ist der Stadtrat dafür, diese Arbeit zum jetzigen Zeitpunkt zu machen. Wir haben eigentlich eine Debatte geführt, die zum Teil "faktenfrei" war, es waren zum Teil nur Behauptungen. Wir möchten diese prüfen und dazu eine Antwort erhalten. Was ist das soziale Risiko einer Person, die ins Casino geht? Ist das soziale Risiko im Internet grösser oder kleiner? Welche Auswirkungen hat es auf die Bevölkerung? Diese Fragen möchten wir klären. Danach kann man mit auf Fakten basierenden Erkenntnissen arbeiten. Wir möchten auch die Risiken für das Unternehmen und damit die Risiken für die Stadt Baden prüfen, um Grundlagen zu erhalten und zu begründen, wie wir die Beteiligung legitimieren. Über das Postulat kann man wahrscheinlich länger und intensiver diskutieren als über die Beurteilung der einzelnen Beteiligungen.

Zur Aussage, ein Postulat sei noch nie innert einem Monat bearbeitet worden: Wir brauchten ein paar Tage für die Vorlage zum Postulat Peter Berger, welche wir später noch behandeln werden. Dies zur Richtigstellung.

Zur Frage der Kosten des Postulats: Es hat in der Vergangenheit Postulate gegeben, die enorm viel Geld gekostet haben. Das hier ist ein Postulat, das im Rahmen einer anderen Arbeit bearbeitet werden kann. Es wird ein wenig mehr kosten, weil es Zusatzfragen hat. Der Stadtrat würde das Postulat gerne beantworten und bittet Sie um Überweisung.

## **Beschluss**

Das Postulat Markus Widmer vom 25. August 2016 betreffend Beteiligung der Stadt Baden an der Stadtcasino Baden AG wird mit 31 Ja- zu 17 Nein-Stimmen überwiesen.

### **7. Postulat Nadia Omar vom 30. August 2016 betreffend Freigabe des SBB-Trassees Mellingen-Wettingen für Badener Stadtbahn (49/16); Antrag auf Nichtüberweisung; Kenntnisnahme vom Bericht und Abschreibung**

#### **Nadia Omar**

Der Vorteil, Neuling im Einwohnerrat zu sein, ist, dass man wieder einmal einen "alten Zopf" bringen darf. Hier ist das die Benützung des SBB-Trassees Mellingen-Wettingen für den Regio-Verkehr. Der alte Zopf hat aber neue Aktualität erlangt, und zwar mit der Planung des Quartiers Galgenbuck. Dort werden viele neue Bewohner der Stadt Baden direkt am Trasseee wohnen. Es wäre deshalb optimal, wenn sie das Trasseee mit dem ÖV direkt für sich nutzen könnten. Ich bedanke mich beim Stadtrat für die Antwort und speziell für die ausführliche Auslegeordnung des Planungsstands von Seiten des Kantons und der SBB. Von Seiten des Stadtrats hätte ich mir ein wenig mehr "Drive" gewünscht. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie beim Kanton mehr Druck machen würden, damit die Planung des SBB-Trassees für den Regio-Verkehr priorisiert wird. Ansonsten bin ich aber mit dem Vorgehen des Stadtrats einverstanden, werde mir aber ausbedingen, irgendwann direkt beim Stadtrat nach der Planung nachzufragen.

#### **Selena Rhinisperger**

Wir bedanken uns beim Stadtrat für die detaillierte Auffächerung der verschiedenen Komponenten bzw. der verschiedenen Akteure mit ihren Haltungen und der gesetzlichen Grundlagen. Die SP wird das Postulat überweisen und den Bericht abschreiben. Beim Lesen des Berichts fällt die defensive Formulierung auf. Wenn man davon ausgeht, dass etwas von den Haltungen, von den Stimmungen und den Visionen in die benutzte Sprache übergeht, stellt man fest oder befürchtet, dass der Stadtrat hier keine Vision hat, keinen eigenen Gestaltungswillen. Wir hätten uns in so einem Bericht gewünscht, dass eine eigene Haltung des Stadtrats auch klar formuliert wird.

#### **Geri Müller, Stadtammann**

Ich bedanke mich für die Aufnahme des Berichts. Wir haben die Unterstützung des Kantons, auch für die übergeordneten Anliegen, Stichwort OASE. Ich versichere Ihnen, dass der Stadtrat auf den verschiedensten Ebenen aktiv angeht, das Trasseee frei zu bekommen oder sogar so schnell wie möglich betreiben zu können. Wir hoffen, mit der Unterstützung des Kantons, auch das Projekt mit der Limmattalbahn weiter verfolgen zu können.

## **Beschluss**

Das Postulat Nadia Omar vom 30. August 2016 betreffend Freigabe des SBB-Trassees Mellingen-Wettingen für Badener Stadtbahn wird mit 45 Ja- zu 2 Nein-Stimmen überwiesen.

Das Postulat wird nach Kenntnisnahme vom vorliegenden Bericht einstimmig als erledigt abgeschrieben.

## **8. Postulat Mark Füllemann vom 14. Oktober 2016 betreffend Transparenz der Entscheidungen der Finanzkommission (62/16); Antrag auf Überweisung**

### **Bosshardt Fritz**

In einem Punkt teilt das Team die Meinung von Mark Füllemann. Die letzten Monate haben gezeigt, dass Klärungsbedarf bei der Kommunikation der beiden einwohnerrätlichen Kommissionen, Finanzkommission und Strategiekommission, besteht. Es muss geklärt werden, wann eine Kommission kommuniziert und was sie kommuniziert. In beiden Punkten haben wir dezidiert andere Ansichten als der Postulant. Eine Kommission soll unserer Auffassung nach nur auf Antrag einer Mehrheit der Kommissionsmitglieder kommunizieren und nicht gerade dann, wenn es dem Präsidenten politisch opportun erscheint. Die Kommission soll immer alle Meinungen ungewichtet kommunizieren, unabhängig, wie klein die Minderheit ist. Nur so kann die Kommission ihrem primären Auftrag gerecht werden, für den Einwohnerrat beratend zu wirken. Einer Prüfung des Anliegens können wir aber nach diesen Bemerkungen gleichwohl zustimmen, auch weil die Prüfung keine Kosten erzeugt, weil die Arbeit sowieso im Rahmen der Überarbeitung des Geschäftsreglements gemacht werden muss.

### **Alex Berger**

Wie alle Kommissionen ist auch die Finanzkommission eine beratende Kommission des Einwohnerrats. Das soll sie auch bleiben. Sie soll sich nicht zu einer "Vorab-Medieninformations-Kommission" entwickeln. Wir finden, dass das Kommissionsgeheimnis bestehen bleiben muss. Das fördert eine offene Diskussion und eine freie Meinungsbildung der Kommissionsmitglieder. Wir sind der Ansicht, dass alle Kommissionen gleich behandelt werden sollen. Das Postulat soll im Sinn eines guten demokratischen Verständnisses geprüft werden. Wir würden uns das Verständnis auch von einzelnen anderen Parteien wünschen. Wir sind gespannt auf die Haltung des Stadtrats zu allfälligen anderen Möglichkeiten als denjenigen, die der Postulant vorschlägt. Einer allfälligen Änderung des § 13 des Geschäftsreglements, so wie es der Postulant vorschlägt, würden wir nicht zustimmen.

### **Geri Müller, Stadtammann**

Wir sind der Meinung, man sollte das Postulat überweisen. Weil es eine Überarbeitung des Geschäftsreglements gibt, wäre es eine kostenneutrale Überweisung. Man hätte es auch direkt anmelden können. Wir werden das Reglement überarbeiten und die Probleme, die wir in letzter Zeit hatten, versuchen auszuräumen und auch Klarheit schaffen, nicht nur wann und wer kommuniziert, sondern auch was aus einer Kommission kommuniziert wird, damit das Kommissionsgeheimnis gewahrt werden kann. Ich bedanke mich für die Überweisung.

### **Beschluss**

Das Postulat Mark Füllemann vom 14. Oktober 2016 betreffend Transparenz der Entscheidungen der Finanzkommission wird mit 47 Ja-Stimmen überwiesen.

**9. Familienzentrum Karussell Region Baden; Pilotprojekt Weiterentwicklung und Ausbau; Investitionsbeitrag für den Ausbau; Investitionsbeitrag für den Ausbau der Räumlichkeiten in der Liegenschaft Haselstrasse 6, Baden; Abrechnung (67/16)**

**Mark Füllemann, Präsident Finanzkommission**

Die Finanzkommission stimmt einstimmig zu.

**Andrea Libardi**

Die FDP stimmt dieser Abrechnung zu. Wer dank so viel Eigeninitiative, die Kosten für die Stadt Baden derart senken konnte, verdient grosses Lob. Wenn man die Mittelbeschaffung für das Karussell betrachtet, ist klar, dass sie sich selber auch um die Finanzierung bemüht haben. Das ist sehr erfreulich. Erinnern Sie sich an die Selbstfinanzierungskraft des Karussell in der Vergangenheit. Es ist in Baden eher selten, dass sich ein Betrieb mit dieser Ausrichtung auch selber um Finanzen bemüht. Gerade im kulturellen Bereich ist die Haltung, dass jeder auf das grosse, goldene Füllhorn der Stadt Baden wartet und selber keine Eigeninitiative ergreift. Das Karussell hat vorbildlich bewiesen, dass es auch anders geht. Man ist nicht nur auf die Stadt Baden angewiesen. Man ist an der Finanzierung mitbeteiligt und man übernimmt die Verantwortung. Man darf diese Bemerkung durchaus auch als Anregung verstehen.

Ich habe in den alten Unterlagen einen Passus entdeckt. Der hat mich schon früher genervt. Ich möchte ihn heute offiziell richtig stellen. Das Karussell hat die Räumlichkeiten nicht gewechselt, weil die Katholische Kirchengemeinde das Haus nicht mehr zur Verfügung stellen wollte. Ich habe das offizielle Statement. Die Katholische Kirche hätte das Haus weiterhin gratis zur Verfügung gestellt. Das Haus war schlicht zu klein für die Ansprüche des Karussell, das explosiv gewachsen ist. Sie haben grössere und mehr Räume benötigt. Es müssen sich nicht mehr 21 Personen in einen Raum von 12 m<sup>2</sup> zusammenquetschen. Sie haben nun die Räumlichkeiten, die sie benötigen. Es wäre nicht nötig gewesen, mit falschen Aussagen über die Kirchengemeinde an die Medien zu gelangen. Ein Telefonat hätte genügt, um es zu verifizieren. Ich finde es schade, dass ein so grosszügiger Spender, der viel Geld in den Aufbau des Karussell investiert hat, mit so einer Missachtung gestraft wird. Wenn sich in Baden jemand engagiert, so wie die katholische Kirche, soll man sie auch ehren und dafür dankbar sein. Es ist nicht so schlimm, wenn der Stadtrat einmal ein falsches Statement abgibt. Ich sage nur: "Ehret eure Spender". Sie haben einen wichtigen Beitrag geleistet, nebst allen Freiwilligen, die eine tolle Aufbauarbeit für das Karussell geleistet haben.

**Yahya Bajwa**

Jeder von uns erinnert sich daran, als er zum ersten Mal auf dem "Rössli" oder "Flugi" auf dem Karussell sass. Wir schauten zwar ängstlich immer wieder zur Mama, die am Karussellrand stand und darauf achtete, dass das Pferdchen nicht durchbrannte. Später, als die Mama älter wurde, und wir einfach nicht wussten, wie wir sie dazu bringen, dass sie uns endlich gehorcht, gingen wir einfach ins Karussell. Die Karusselltante erklärte der Mama dann, wie sie richtig mit uns umzugehen hatte, damit wir zu unserem Recht kamen. Wir erinnern uns gut, als wir zuerst ins Karussell getragen, dann gestossen und am Schluss sogar selber laufend gebracht wurden. Wir trafen dort ganz viele andere Leidensgenossin-

nen und -genossen. Da waren wir "Goofen" aus Baden, Italien, Spanien, Kosovo, Serbien, Türkei, Bosnien, Südamerika, Afrika und Asien, und alle hatten wir die gleichen Probleme mit unseren Müttern. Die Karusselltante versuchte dann zu vermitteln – langwierig, oft langweilig, weil Erwachsene einfach schwer von Begriff sind. Da unsere Väter kaum Zeit hatten – sie mussten ja dauernd arbeiten, damit sie die Steuern zahlen konnten, die vom Einwohnerrat bestimmt wurden – fanden wir es gut, dass es ein Väter-Kinder-Frühstück gab. Da machten wir "Goofen" uns über unsere Eltern lustig und unsere Väter tratschten währenddessen über unsere Mütter.

Nach Jahren, als wir schon in der Schule waren, haben wir uns immer wieder gerne an diese schöne Karussellzeit erinnert. Sei es ans Kinderturnen oder an die Lerngruppe für Erwachsene. Dort durften die Grossen endlich die wichtigsten Kompetenzen erlernen, wie man mit uns umzugehen hat. Die Deutschkurse waren auch zum "Goisse". Die Grossen dachten, dass wir spielen und sie Deutsch lernen würden. Wir haben aber die Grossen beobachtet, die keinen Artikel setzen konnten und dauernd Akkusativ und Dativ verwechselt.

Und heute? Heute schieben wir unsere "Goofen" ins Karussell. Und die Geschichte fängt wieder von vorne an. Damit diese unendliche Geschichte zum Erfolg wird, stimmt das gesamte Team vom team der Abrechnung des Investitionsbeitrags zu. Wir hoffen, dass das Politikarussell nicht damit anfängt, zuerst das "Rössli", dann den "Töff" und zum Schluss das Flugzeug weg zu sparen. Man müsste dann schon fast Politikerinnen und Politiker aufs Karussell schrauben. Ich denke aber nicht, dass sie lange die plärrenden "Goofen" in den Armen halten könnten! Wir haben alle dem Pilotprojekt zugestimmt. Jetzt stimmen wir der Abrechnung zu und hoffen, dass wir auch dem nachfolgenden Projekt zustimmen werden. Sonst sehen wir uns als Politiker wieder auf dem Karussell!

### **Sandra-Anne Göbelbecker**

Wir danken dem Verein Familienzentrum Karussell, speziell der Präsidentin Marga Mülli und der Betriebsleiterin Kathie Wiederkehr, für ihre wertvolle Arbeit im Bereich der Förderung und Integration von Kindern und Familien in Baden und der Region.

Das Familienzentrum Karussell strahlt über die Region hinaus und hat auch in Zukunft unsere ideelle und finanzielle Unterstützung verdient.

Als Vorstandsmitglied des Gemeinnützigen Frauenvereins, dem Vermieter dieses Hauses, möchte ich noch kurz anfügen: Wir sind stolz, dass unsere Liegenschaft im Parterre und im 1. Stock seit Januar 2015 für die Badener und die regionale Bevölkerung wieder zugänglich ist. Von 1934 bis 1972 haben wir das alkoholfreie Restaurant geführt. Danach wurden die Räumlichkeiten leider zu Büroräumen umgebaut. Unser Renovations- und Investitionseinsatz hat sich gelohnt. Wir schätzen die Zusammenarbeit mit dem Verein Familienzentrum Karussell als Vermieter sehr, und wir freuen uns, dass wir ein Ein und Aus von kleinen, grossen, alten, jungen, dunklen und hellen Menschen haben.

### **Beatrice Bürgler**

Die CVP hat die Abrechnung geprüft und stimmt ihr selbstverständlich zu. Wir möchten an dieser Stelle festhalten, dass das Familienzentrum Karussell und die Leiterin Kathie Wiederkehr hervorragende Arbeit leisten, die unseren Respekt verdient. Das Karussell

überzeugt nicht nur in der inhaltlichen Ausrichtung; sie überzeugen auch mit ihrer umsichtigen und intelligenten Art, wie sie agieren, und auch in der strategischen und finanziellen Ausrichtung. Es geht ein grosses Kompliment an die Adresse des Familienzentrums und an dessen Leiterin.

**Erich Obrist, Stadtrat**

Ich nehme das Lob, das von allen ausgesprochen wurde, gerne entgegen. Es hat mir grosse Freude bereitet, Yahya Bajwa zuzuhören, wie er das Karussell erlebt hat. Ich werde den Karusselltanten Kathie Wiederkehr und Marga Mülli das Lob gerne weitergeben.

**Beschluss**

Die Abrechnung des Investitionsbeitrags an den Verein Familienzentrum Karussell Region Baden für den Ausbau der Räumlichkeiten in der Liegenschaft Haselstrasse 6, Baden, für das Familienzentrum Karussell, schliessend mit CHF 75'000, wird einstimmig genehmigt.

**10. Regionalpolizeien; Zusammenlegen der polizeilichen Dienste Regionalpolizei Limmat-Aare- Reuss (LAR) und Stadtpolizei Baden; Vorfinanzierung einmalige Kosten; Kreditabrechnung (68/16)**

**Mark Füllemann, Präsident Finanzkommission**

Die Finanzkommission stimmt einstimmig zu.

**Matthias Gotter, Stadtrat**

Der Stadtrat bedankt sich.

**Beschluss**

Die Kreditabrechnung für die Vorfinanzierung der einmaligen Kosten von (Bereitstellen der Infrastruktur, Übernahme von Mitarbeitenden und Gütern) für das Zusammenlegen der Regionalpolizei Limmat-Aare-Reuss (LAR) mit der Stadtpolizei, schliessend mit CHF 608'983.01, wird einstimmig genehmigt.

**11. Geschichtswerk zur Stadtgeschichte Baden; Kreditabrechnung (06/17)**

**Mark Füllemann, Präsident Finanzkommission**

Die Finanzkommission stimmt einstimmig zu.

**Nathalie Flückiger**

Die SP schliesst sich der Finanzkommission an und wird die Kreditabrechnung genehmigen. Wir haben mit diesem Geschichtswerk nicht nur einen wertvollen Forschungsbeitrag zur Badener Stadtgeschichte in der Hand, sondern auch ein schönes Buch. Ein schönes

Buch, das einem breiten Publikum einen schönen Lesegenuss bietet. Das Autorenteam hat den Spagat zwischen wissenschaftlicher Forschung und einer populären Publikation geschafft. Das ist bemerkenswert. Ebenfalls bemerkenswert ist die vorliegende Kreditabrechnung. Ich bin zwar kein Fan von Zahlen, aber das fand ich gut. Der Kredit wurde um 24 % unterschritten. Das wurde unter anderem dank Beiträgen Dritter erreicht. Das ist nicht nur schön, weil die Stadt Baden Geld gespart hat, sondern auch weil es Vertrauen in den Prozess schafft. Es wurde an der Sitzung 2012, an der der Kredit beschlossen wurde, im Rat diskutiert. Thema war, ob man ihn genehmigen oder zuerst Drittgelder einholen sollte. Man befürchtete, dass wenn man den Kredit genehmigt, man dann keine Drittgelder erhalten würde. Man ist glücklicherweise dem Argument nicht gefolgt und hat dem Kredit zugestimmt. Es ist schön zu sehen, dass sich die Gruppe nicht darauf ausgeruht hat, sondern – trotz genügend Geld – um Drittmittel bemüht hat. Das findet die SP bemerkenswert und loblich.

### **Erich Obrist, Stadtrat**

Ich werde den Dank und das Lob dem Abteilungsleiter Patrick Nöthiger weiterleiten, der sich heute entschuldigen lässt.

### **Beschluss**

Die Kreditabrechnung für die Herausgabe eines Geschichtswerks der Stadt Baden, schliessend mit CHF 457'920.27 brutto bzw. CHF 377'920.27 netto, wird einstimmig genehmigt.

## **2 Dringliches Postulat Peter Berger vom 9. Januar 2017 betreffend Änderung Verordnung über Abstimmungs- und Wahlplakate**

### **Stefanie Heimgartner, Einwohnerratspräsidentin**

Wir haben zu Beginn der Sitzung der Dringlichkeit zugestimmt. Es geht jetzt um die Frage Überweisung/Nichtüberweisung des Postulats. Der Stadtratsantrag liegt Ihnen inzwischen vor. Der Stadtrat beantragt Nichtüberweisung.

### **Berger Peter**

Zugegeben, die strategische Planung und deren Umsetzung zum Plakatieren von Wahlpropaganda besitzt eine beachtenswerte Sozialkomponente, verbunden mit einem gewissen Spassfaktor. Besonders dann, wenn man nach Mitternacht mit Leitern ausgerüstet, sich als Erste an die Dekoration von Kandelabern macht. Manchmal wünschte ich mir, bei der SVP zu sein. Dort hat es womöglich mehr Männer mit handwerklichem Geschick als bei uns. Männer, die wissen wie man Pfähle in den felsigen Untergrund Badens rammt.

Spass beiseite. Die Verschleuderung von Material und die Verunstaltung des öffentlichen Raums nehmen zu. Die Materialschlacht nimmt überhand. Was eigentlich der Information dienen sollte, wird zum Ärgernis vieler Bürger. Wenn Informationen zu Wahlen und Abstimmungen zum Ärgernis werden, ist es an der Zeit, etwas zu ändern.

Mit der bevorstehenden Badenfahrt (deshalb die Dringlichkeit) ist der Zeitpunkt gekommen, das Plakatieren neu zu regeln. Da nützt aus unserer Sicht auch kein temporäres Plakatierungsverbot in der Innenstadt während des Fests etwas. Unsere Gäste kommen auch von auswärts, und wir wollen sie mit Beflagung und nicht mit Köpfen und politischen Parolen auf den Kantonsstrassen empfangen.

Einige Gemeinden haben erste Schritte gemacht. Das Prinzip ist einfach: Die Plakatierung für Abstimmungen und Wahlen im öffentlichen Raum wird zugunsten von Informationsständen in den einzelnen Quartieren abgeschafft. Selbstverständlich bleibt das Plakatieren auf privatem Grund und an den offiziellen Plakatierungsstellen der Stadt gestattet.

Baden informiert sich zukünftig zeitgemässer, weniger statisch über Plakate, mehr dynamisch über die Social Media. Ich danke für die Unterstützung.

Ich möchte noch etwas zur Antwort des Stadtrats sagen. Vielen Dank für die schnelle Antwort. Das beweist mir, dass das schnelle Reagieren auch bei der Umsetzung möglich wäre. Und doch habe ich das Gefühl, dass es zu schnell ging. Beim Lesen des Papiers hat man den Eindruck, dass der Stadtrat eigentlich zufrieden ist mit der jetzigen Situation. Mal ist die SBB, mal die Stadt, mal der Kanton zuständig. Wenn ich das Bild anschau – man hat Beispiele in der Presse gesehen – muss ich sagen, dass ich damit nicht einverstanden bin. Ich finde die Verschandelung des öffentlichen Raums nicht gut, vor allem, wenn die Bürger sich eher ärgern über eine Abstimmung, als dass sie motiviert wären. In der Antwort stand weiter, dass es sehr schlank mit den Paragraphen organisiert sei. Das ist richtig. Heute gibt es 7 Paragraphen in der Verordnung, die auf zwei Seiten Platz haben. Am Ende befindet sich der Anhang, eine Anleitung, wie man ein Plakat aufstellt, auf welcher Höhe, wo man es stellen kann und wo nicht usw. Zum Schluss ist man schon bei sieben Seiten. Man kann es regeln, wie man will. Es herrscht immer eine Unordnung. In den letzten Jahren hat es zugenommen. Mit einer Vereinfachung meine ich, dass es klarer geregelt werden sollte. Im öffentlichen Raum gibt es keine Plakatierung ausser den Ständen. In meinem dringlichen Postulat gibt es eine Zielsetzung. Das erste Ziel ist, natürliche Ressourcen zu schonen. Wir wären nicht die ersten. Es gibt Städte, die das schon lange machen. Natürlich wünschen wir uns eine gute Gestaltung.

Zur Begründung der Dringlichkeit wegen der Badenfahrt: Es braucht natürlich Zeit, so etwas umzusetzen. Mir geht es auch um die Zukunft des Bildes bei Wahlen und Abstimmungen in Baden, nicht nur um die anstehende Badenfahrt. Ich glaube, dass die jetzige Situation nicht mehr zeitgemäss ist. Ich bitte Sie, mein Postulat zu überweisen und den Antrag des Stadtrats entsprechend abzulehnen.

### **Martin Groves**

Die SP hat das im Vorfeld diskutiert und wir teilen grundsätzlich auf der einen Seite die Ideen von Peter Berger. Auf der anderen Seite haben wir die Ausführungen des Stadtrats gelesen. Für eine richtige Meinungsbildung würden wir gern darüber diskutieren und wünschen uns ein Timeout.

### **Stefanie Heimgartner, Einwohnerratspräsidentin**

Wir machen ein Timeout von 5 Minuten.



## **Sander Mallien**

Ich möchte darauf hinweisen, dass es nur ein Postulat ist. Sollte es nicht zur Badenfahrt reichen, kann man es später noch bearbeiten.

## **Adrian Humbel**

Wir sind grundsätzlich auch der Meinung, dass das mit der Plakatierung überhandnimmt. Dass es einen Auswuchs gibt, können wir auch bestätigen. Sinnigerweise hat genau Peter Berger das Bild gezeichnet, das nicht veränderbar ist, nämlich beim SBB-Areal. Genau das kann nicht verändert werden. Man kann es höchstens auf dem öffentlichen Grund verändern. Wir sind dabei, für die Badenfahrt ein Agreement zu finden, das keine weitere Reglementierung braucht. Ich bin hier guten Mutes, dass wir an der Badenfahrt eine Plakat-freie Innenstadt haben werden. Ich zähle auf alle. Wir sind zum Schluss gekommen, dass wir eine Überregulierung vermeiden wollen. Deshalb werden wir der Nichtüberweisung des Postulats zustimmen.

## **Peter Conrad**

Ich nerve mich auch, wenn ich Ihre Gesichter anschauen muss, jeden Morgen, wenn ich ins Büro gehe. Die Stossrichtung des Postulats geht in die richtige Richtung. Wir müssen uns aber fragen, wo sind wir frei und können eingreifen als Stadt, und wo nicht. Es ist der falsche Ansatz. Es ist die Eigenverantwortung der Parteien, dass nicht so viel auf öffentlichem Grund plakatiert werden soll. Es wäre meines Erachtens falsch, hier noch weitere Regulierungen zu machen. Das was die Stadt Baden regulieren kann, ist reglementiert. Da braucht es meiner Meinung nach keine weiteren Normen. Aus diesem Grund wird die CVP-Fraktion den Nichtüberweisungs-Antrag unterstützen.

## **Daniel Glanzmann**

Es geht bei uns in die gleiche Richtung. Wir sind von der grossen Unordnung mit den Plakaten nicht begeistert. Aus der Beantwortung des Postulats muss nicht ein grosses Gesetz oder Reglement entstehen, das so umfangreich wie das Energiekonzept wäre. Es kann etwas kürzer ausfallen. Wir finden, dass es sicherlich prüfungswert ist und werden es unterstützen. Vielleicht entstehen Lösungen, dass Parteien auf freiwilliger Basis etwas unternehmen werden. Peter Berger, sollten die Plakate auch in Zukunft wild und in grossen Mengen aufgestellt werden, und ihr habt die Ressourcen nicht, könnt ihr auf viele gute Handwerker in der Region zurückgreifen.

## **Iva Marelli**

Auch das team sieht, dass mit der kantonalen Gesetzgebung ein Problem herrscht und dass man es nicht kurzfristig lösen kann. Das Regelungsbedürfnis ist aber vorhanden. Wir halten an dieser Stelle fest, dass das team seit jeher auf Werbung mit Gesichtern verzichtet, ganz im Sinne der Badener Bewohner. Ich bin froh, dass von Seiten der FDP und SVP signalisiert wurde, dass man miteinander diskutiert. Das team Baden wäre bereit, zusammensitzen. Wir würden uns freuen, wenn, explizit für die Badenfahrt, ein überparteiliches Agreement stattfinden könnte. Man könnte danach – ohne die Dringlichkeit – in einem zweiten Schritt das, was Peter Berger möchte, langfristig regeln.

## **Martin Groves**

Die SP bedankt sich für das Timeout. Wir konnten uns eine Meinung bilden. Wir möchten das Postulat überweisen. Und zwar aus dem Grund, weil wir auf städtischem Gebiet ein Problem mit der Plakatierung haben. Würde man den Bürger in der Badstrasse fragen, würde ich hypothetisch sagen, dass sich 3/4 der Leute an dem immer grösser werdenden Plakatwald stören. Wir verstehen auf der anderen Seite auch die Ausführungen des Stadtrats. Wenn der Stadtrat den Prüfungsauftrag tiefgehend prüft, werden seine Gedanken dementsprechend einfließen. Anliegen, wie Kleinstparteien-Schutz oder wo weniger Geld ist, sind auch unsere Anliegen. Solche Parteien müssen plakatieren können, und nicht nur in der Zeitung inserieren. Wir möchten in dem Sinne das Postulat überweisen.

## **Yahya Bajwa**

Wenn Sie Ihre Gesichter schon nicht sehen können, möchte ich einen anonymen Bürger zitieren: "Die Köpfe gehen mir auf den Sack!" Es wäre wichtig, dass man hier eine Lösung findet. Sonst fühlt sich die Bevölkerung "trumpiert".

## **Stefan Häusermann**

Wir konnten uns vorhin auch keine Meinung bilden. Im Moment sind wir auf dem Stand, dass wir das Postulat gern überweisen würden, obwohl ich der Ansicht bin, dass es nicht viel öffentlichen Raum gibt, wo wir die Plakatierung regulieren können. Es ist jedoch ein Prüfungsantrag. Ich finde, dass es in diese Richtung gehen könnte. Ich möchte nochmals alle Parteien dazu auffordern, für die Badenfahrt Mass zu halten. Anscheinend hat das erste Gespräch nichts gebracht. Vielleicht braucht es ein zweites oder ein drittes Gespräch, vielleicht mit einem guten Glas Wein!

## **Matthias Gotter, Stadtrat**

Einmal mehr eine nette Vorlage, die zu diskutieren gibt. Vielen Dank für die Auseinandersetzung in der kurzen Zeit. Der Stadtrat hält an der Nichtüberweisung fest. Das Reglement wurde 2012 ins Leben gerufen, mitunter auch mit einer BNO-Revision, an der alle Parteien gearbeitet haben. Sie haben sich einverstanden erklärt, dass es jetzt so Bestand haben muss, und es hat eine breite Abstützung gefunden. In diesen vier Jahren hat die Welt sich weiter gedreht. Die Bedürfnisse und die Marketing-Instrumente haben sich nicht geändert. Das Reglement regelt das, was geregelt werden muss. Optima hat den Prozess dieser Verordnung schon erarbeitet. 7 Paragraphen – Das Reglement wurde schon ziemlich beschnitten. Sie haben die Endregulierung in der Hand. Wenn Sie bei einem Glas Wein erreichen könnten, dass man der "Kopfviefalt" in der Stadt entgegenwirken könnte, würde uns das freuen. Für uns stimmt es aber, so wie es ist. Die Grundstücke, auf welche die Plakate mehrheitlich stehen, sind nicht in unserer Hoheit. Müssten wir Platz schaffen fürs Plakatieren, wären wir an einem eher kleinen Ort. Der Platz entlang der Kantonsstrasse liegt nicht in unserer Hoheit.

Zur Badenfahrt: Es ist unseres Erachtens nicht angezeigt, die Verbindung zu suchen, im Reglement Änderungen zu definieren, weil unser grandioses Fest vor der Tür steht. Die Innenstadt wird dann sowieso von Plakaten befreit sein. Die offiziellen Standorte stehen gar nicht zur Verfügung. Die Neuenhoferstrasse z.B. wird nicht zur Verfügung stehen. Es ist

geregelt, was geregelt werden soll. Ich kann Ihnen versichern, dass eine allfällige Überweisung und Beantwortung nicht viel mehr bringen würde. Sie haben es in der Hand!

### **Beschluss**

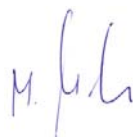
Das dringliches Postulat Peter Berger vom 9. Januar 2017 betreffend Änderung Verordnung über Abstimmungs- und Wahlplakate wird mit 25 Ja- zu 23 Nein-Stimmen nicht überwiesen.

Sitzungsschluss 21:30

EINWOHNERRAT BADEN



Stefanie Heimgartner  
Präsidentin



Marco Sandmeier  
Protokollführer